

V e r h a n d l u n g s p r o t o k o l l

der 73. Sitzung des Bundesrates vom 30. Oktober 1956

<u>Vorsitz:</u>	Hr. Bundespräsident Dr. Feldmann	
<u>Abwesend:</u>	Hr. Hostenstein bis 11 Uhr (dienstl.), Hr. Chaudet (Urlaub).	
<u>Schriftführer:</u>	Hr. Weber	
<u>Protokolle:</u>	Das Protokoll der 69. Sitzung wird genehmigt.	
<u>Beginn:</u>	9 Uhr	<u>Schluss:</u> 11 Uhr 35

Mitteilungen des Vorstehers des EPD

Angriff Israels auf Aegypten

Herr Petitpierre orientiert den Rat über die Mitteilungen, die er zur Lage erhalten hat. Es ist zu hoffen, dass der Konflikt lokalisiert werden kann. Unangenehm sei für uns, dass unser Minister in Kairo zur Zeit in Addis Abeba weile und sein erster Mitarbeiter in der Schweiz im WK ist. Herr von Keller, der jetzt die Verantwortung auf der Gesandtschaft trage, habe umsichtig gehandelt und den Kontakt mit unsern Landsleuten hergestellt.

Ereignisse in Ungarn.

Herr Petitpierre gibt Kenntnis von den letzten Nachrichten unserer Gesandtschaft. Was die Spende von 100'000.- Franken betreffe, habe die ungarische Regierung den Wunsch geäußert, dafür vor allem Pulvermilch zu erhalten. Herr Minister Feisst hat seine guten Dienste angeboten, um als Beauftragter des Bundesrates für die Koordination besorgt zu sein. Herr Petitpierre erwähnt die verschiedenen Manifestationen von Studenten in der Schweiz, die alle diszipliniert verlaufen sind. Der Landbote hat den Mut, den die österreichische Regierung mit ihrem Appell bewiesen habe, hervorgehoben. Herr Petitpierre hält aber dafür, dass wir uns solcher Erklärungen enthalten sollten. Die Ueberreichung des Beglaubigungsschreibens des neuen ungarischen Gesandten, soll auf unbestimmte Zeit verschoben werden. Herr Feldmann gibt Kenntnis von einer ganzen Anzahl von Telegrammen, die eine Aktivität des Bundesrates erwarten. Die Telegramme sind an das EPD weiterzuleiten.

Es wurden folgende Beschlüsse gefasst:

Das EPD wird beauftragt, mit dem Roten Kreuz und Minister Feisst zusammen zu prüfen, was getan werden kann, um die verschiedenen Hilfsaktionen für Ungarn zu koordinieren. Dieser Beschluss ist vorläufig als intern zu behandeln.

Die Idee einer Demarche in Moskau wird abgelehnt.

Die Ueberreichung des Beglaubigungsschreibens des ungarischen Gesandten wird verschoben.

In diesen Zusammenhang gehört auch die in der Umfrage vorgebrachte Mitteilung des Präsidenten, dass die Genfer Regierung ersucht habe, das Patronat über die Hilfsaktionen im Kanton Genf zu übernehmen. Der Rat ist damit einverstanden, mit dem Vorbehalt der allfälligen Koordination, je nach dem Ergebnis der Aussprache mit dem Roten Kreuz und Minister Feisst.

Besuch des Präsidenten von Costa Rica

Im Interesse der Wirtschaftsbeziehungen mit diesem Lande, erklärt sich der Rat mit dem Vorschlage des Vorstehers des EPD einverstanden, den Präsidenten von Costa Rica zu einem offiziellen Besuch einzuladen. Er ermächtigt Herrn Petitpierre, das Nötige vorzukehren.

Schriftliche Anträge

Politisches Departement

Eingabe des Regierungsrates des Kantons Aargau betreffend Fluorschäden im unteren Fricktal

Herr Streuli kann sich mit der Fassung am Schlusse des Briefes, dass man sich weitere Schritte vorbehalte, nicht abfinden. Er fragt, ob man das noch lange dulden wolle und ob man nicht jetzt schon bei der deutschen Regierung vorstellig werden sollte. Könnte nicht auch eine Intervention bei der Leitung der schweizerischen AIAG nützlich sein, von der die deutsche Gesellschaft abhängig sei. Herr Petitpierre gibt Aufschluss, dass diese Fluorschäden von zwei Fabriken in Deutschland verursacht werden. Man habe eine praktische Lösung gesucht, die rascher zum Ziel führen sollte als der Weg über die deutschen staatlichen Instanzen. Es gibt auch einen Weg über die deutschen Gerichte. Im Allgemeinen sei man dankbar gewesen für die bisherigen Bemühungen, was sich auch bei der Beantwortung der Interpellation Reimann gezeigt habe. Auf Vorschlag des Vorsitzenden wird der Auffassung von Herrn Streuli Rechnung getragen durch die Fassung "nehmen wir weitere Schritte in Aussicht."

Instruktionen für die schweizerische Delegation an der Unesco Konferenz in New Delhi

Herr Etter hat aus dem Protokoll den Eindruck gewonnen, dass die nationale Unescokommission als Hauptziel die Propaganda für die Unesco ins Auge gefasst hat. Das Ziel auch der nationalen Kommission sollte aber sein, die Mittel einzusetzen zur Erfüllung der Zwecke der Unesco.

Der Präsident der Kommission hat erklärt, dass solange die deutsche Sprache nicht als offizielle Sprache zugelassen sei, man der zentra-

len Organisation der Unesco nicht zumuten könne, für die Veröffentlichungen in deutscher Sprache aufzukommen. Dass die Unesco das Deutsch als offizielle Sprache ablehnt ist unverständlich. Sollte man nicht der Kommission den Wunsch mitgeben, dass auch die deutsche Sprache als offizielle Sprache anerkannt werden soll.

Mit den Instruktionen an die Delegation erklärt sich Herr Etter einverstanden. Mit Bezug auf Ziff. 4 Budgeterhöhung hat er gewisse Bedenken. Erhebliche Mittel des Budgets werden nicht für die eigentlichen Zwecke der Unesco verwendet, sondern gehen für eine unrationelle Verwaltungstätigkeit auf. Er wersetze sich aber der Erhöhung um eine Million deshalb nicht, weil die Ausgaben für die diese Erhöhung verlangt wird, den Zweckbestimmungen der Unesco entsprechen.

Auf Antrag von Herrn Streuli wird Ziffer 5 der Instruktionen in dem Sinne ergänzt, dass die Kommission sich Anträgen auf Aenderung des Beitragssystems (Abschaffung der Kopfquote) widersetzen solle.

Bezüglich der Bemerkungen betreffend die deutsche Sprache wird das EPD beauftragt, zusammen mit dem EDI geeignete Wege zur Verwirklichung des geäußerten Wunsches zu suchen. Im Uebrigen wird festgestellt, dass die Aeusserungen des Herrn Etter sich nicht auf die Instruktionen an die Delegation beziehen.

Verschiebung von Geschäften

Auf Antrag von Herrn Streuli werden die Geschäfte "Gesuch des Schweiz. Polizeinstitutes Neuenburg um einen Bundesbeitrag" und "Personalausschüsse bei der Bundesverwaltung" auf nächsten Freitag verschoben.

Militärdepartement

Wahl des Direktors der Eidg. Militärverwaltung

Herr Streuli präzisiert, dass in der Grundbesoldung von 29'500.- eine ad personam bewilligte Zulage von 2'000.- Franken enthalten sei, die Herrn Direktor Kaech gewährt wird an Stelle der Berechtigung zur Haltung eines Instruktorwagen, welche mangels rechtlicher Grundlage nicht in Frage kommen konnte. Damit soll die Frage der Besoldung eines Nachfolgers nicht präjudiziert werden. Das Amt bleibt weiterhin in der Ueberklasse b, III. Stufe eingereiht.

U m f r a g e

Hr. S t r e u l i

Expertise Hongler

Herr Streuli stellt fest, dass die Meldung, die Finanzdelegation sei im Besitze dieses Gutachtens, offenbar auf einem Missver-

ständnis beruht. Nun sollten das EDI und das EMD so bald wie möglich zu Händen des FZD Stellung nehmen zum Bericht der Expertenkommission.

Bureauräume für FZD im Bernerhof

Herr Streuli unterbreitet dem Rat die Frage der Verlegung von Bureaux, die das EDI und das EMD im Bernerhof beanspruchen. Nachdem diese Departemente erklären, dass sie nicht wissen wohin, sollte das weitere Vorgehen geregelt werden. Herr Feldmann und Herr Petitpierre melden ebenfalls pro memoria Wünsche ihrer Departemente in Raumfragen an. Es wird beschlossen, die Baudirektion zu beauftragen, das Problem Bernerhof nochmals eingehend zu prüfen und eine Lösung vorzuschlagen. Daneben sollen die grossen Bauvorhaben des Bundes weiter gefördert werden.

Hr. H o l e n s t e i n

Käsemarktordnung

Dieses Geschäft wird auf Wunsch des Vorstehers EVD an die Tagesordnung des 6. November gesetzt.

Präsidentialvorbringen

Einladung Sowjetrussland, 7. November

Herr Petitpierre wird hingehen.

Morgartenschiessen

Die Einladung zur Abordnung eines Vertreters des Bundesrates geht an das EMD zur Antragstellung.

Internationaler Rotary Klub, Begrüssungsartikel

Der Herr Bundespräsident legt dem Rate einen Entwurf der BK für einen Begrüssungsartikel vor. Herr Etter erklärt, nachdem er auf Grund des vorgeschlagenen Textes die ganze Problematik der Angelegenheit erkannt habe, sei er der Meinung, dass man dem Begehren nicht entsprechen sollte. Der Rat ist gleicher Auffassung.

Geschenk einer holländischen Zwiebackfabrik an das Pestalozzidorf in Trogen

Ein in dieser Angelegenheit von der Schweizerischen Gesandtschaft in den Niederlanden verfasstes Schreiben an den Herrn Bundespräsidenten, geht an das EPD mit dem Ersuchen zu prüfen, welche Folge der Sache zu geben sei.

AHV-Uebergangsrente für Italiener

Der Herr Vorsitzende gibt Kenntnis von einem Schreiben des italienischen Unterstaatssekretärs für auswärtige Angelegenheiten, das er dem EDI überweisen wird.

Protokoll der letzten Sitzung

Das Verhandlungsprotokoll der 72. Sitzung vom 26. Oktober wird mit einer Ergänzung beim Geschäft "Anteil der Kantone am Benzinzoll, Aussprache" genehmigt.

* * *